

URGENT ACTION

FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT PIKPA DROHT SCHLIESSUNG

GRIECHENLAND

UA-Nr: **UA-152/2020** AI-Index: **EUR 25/3160/2020** Datum: **5. Oktober 2020** – nr

GEFLÜCHTETE IN DER UNTERKUNFT PIKPA AUF LESBOS

+++ Update: Nachdem es am 29.10.2020 hieß, dass die Unterkunft noch am gleichen Tag geräumt werden sollte, wurde die Schließung doch nochmal auf unbestimmte Zeit verschoben. Lasst uns dranbleiben! +++ Die griechischen Behörden beabsichtigen, die offene, selbstorganisierte Flüchtlingsunterkunft PIKPA am 15. Oktober zu schließen. Seit der Gründung 2012 beherbergten und unterstützten die Mitarbeiter_innen von PIKPA Tausende besonders gefährdete Flüchtlinge und Asylsuchende. Die griechischen Behörden müssen die Entscheidung, PIKPA zu schließen, umgehend rückgängig machen und die Trägerorganisation Lesvos Solidarity ungehindert weiterarbeiten lassen. Sie müssen die rund 100 Bewohner_innen schützen sowie offene und sichere Orte für Flüchtlinge und Asylsuchende in Griechenland sicherstellen und fördern.

Der Betrieb des offenen und selbstorganisierten Flüchtlingslagers PIKPA auf der Insel Lesbos soll am 15. Oktober eingestellt werden. Die Mitarbeiter_innen und Freiwilligen von PIKPA haben seit 2012 Tausende besonders gefährdete Flüchtlinge und Asylsuchende unterstützt. Sie haben ihnen eine sichere Unterkunft bereitgestellt und PIKPA bot eine Alternative zum überfüllten Flüchtlingscamp Moria, wo Flüchtlinge und Asylsuchende in unmenschlichen Bedingungen lebten.

Nach den verheerenden Bränden im Flüchtlingslager Moria wurden die dortigen Bewohner_innen in ein provisorisches Camp verlegt, das kürzlich auf Lesbos eingerichtet wurde. Dieses Lager ist jedoch nur eine vorübergehende Lösung, weil es weder angemessene Lebensbedingungen für alle Bewohner_innen noch die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für besonders gefährdete Menschen bietet. PIKPA beherbergt zurzeit rund 100 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge und Asylsuchende, darunter 21 unbegleitete Minderjährige. Falls die Unterkunft geschlossen wird, ist unklar, was mit ihnen geschieht. Würde man sie in das provisorische Camp in Lesbos bringen, wären sie diversen Risiken ausgesetzt.

Flüchtlinge und Asylsuchende leben auf Lesbos und anderen Inseln unter katastrophalen Bedingungen, weswegen die Unterstützung durch NGOs äußerst wichtig ist. Statt NGOs an ihrer Arbeit zu hindern, sollte die griechische Regierung ihren Einsatz unterstützen und so offene, sichere Räume für Flüchtlinge und Asylsuchende in Griechenland schützen und fördern.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Seit 2012 hat die offene und selbstorganisierte Flüchtlingsunterkunft PIKPA, geführt von der NGO *Lesvos Solidarity*, mehr als 30.000 Flüchtlingen und Asylsuchenden auf der Insel Lesbos Unterkunft sowie andere Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Das Angebot von PIKPA richtet sich insbesondere an stark gefährdete Geflüchtete wie Familien, Menschen, die gefoltert worden waren, oder LGBTI. Die von PIKPA geleisteten Bemühungen und der wichtige Beitrag der Einrichtung wurden von vielen Seiten anerkannt - zum Beispiel vom UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), welches eine der Gründerinnen von PIKPA im Jahr 2016 mit dem Nansen-Flüchtlingspreis auszeichnete. Amnesty International arbeitet schon lange mit PIKPA und *Lesvos Solidarity* zusammen. 2018 traf sich Kumi Naidoo, ehemaliger Generalsekretär von Amnesty International, mit verschiedenen Vertreter_innen von NGOs, die in Lesbos ansässig sind, darunter auch *Lesvos Solidarity*. Als Teil seines Einsatzes in Griechenland besuchte er die Flüchtlingsunterkunft PIKPA.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



PIKPA und andere Einrichtungen, wie das von der Gemeinde Lesbos geführte Camp Kara Tepe, bilden einen Kontrast zum „Modell Moria“ und symbolisieren einen alternativen Ansatz für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden: Sie zählen auf Gemeinschaftssinn und Solidarität und bieten ihren Bewohner_innen sichere, menschliche Bedingungen. Wie PIKPA steht auch Kara Tepe vor der Schließung (siehe: <https://www.lesvossolidarity.org/en/blog/news/save-dignity-save-pikpa-and-kara-tepe>).

Im Verlauf der letzten Jahre wurde PIKPA schon mehrfach die Schließung angedroht, so auch 2018. Die Mitarbeiter_innen von PIKPA und *Lesvos Solidarity* wurden wiederholt von örtlichen Gruppierungen oder Einzelpersonen angegriffen. Weitere Informationen dazu finden Sie im englischsprachigen Bericht von Amnesty International unter <https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/2077/2020/en/> oder im Blogbeitrag von Hannah Bombeck unter <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/griechenland-lesbos-ein-rechtsfreier-raum-am-rande-europas>.

Die Ankündigung, dass PIKPA und Kara Tepe vor einer unmittelbaren Schließung stehen, kommt zu einer Zeit, in der NGOs, die sich in Griechenland für Migrations- und Asylbelange einsetzen, zunehmend verunglimpft werden. Ein englischsprachiger Bericht von Amnesty International vom März 2020 belegt diese Entwicklung (<https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/1828/2020/en/>). Der Fall von Sarahardini und Sean Binder beweist, dass die Regierung versucht, Menschenrechtsverteidiger_innen, die Flüchtlinge und Migrant_innen unterstützen, strafrechtlich zu verfolgen. Im April 2020 führte die Regierung zudem neue, härtere Vorschriften für die Arbeitsweise und die Registrierung von NGOs ein, die sowohl die Versammlungsfreiheit als auch die Handlungsfähigkeit der Organisationen stark einschränken (siehe: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur25/2821/2020/en/>). Die Behörden äußern sich mittlerweile offen feindselig gegen NGOs. So verglich der stellvertretende Migrations- und Asylminister Giorgos Koumoutsakos die Mitarbeiter_innen von NGOs mit „Blutegeln“ (siehe: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur25/2821/2020/en/>).

SCHREIBEN SIE BITTE

LUFTPOSTBRIEFE, E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, dafür zu sorgen, dass die Entscheidung über die Schließung der Geflüchtetenunterkunft PIKPA rückgängig gemacht wird. Bitte schaffen Sie die nötigen Voraussetzungen, dass NGOs und Menschenrechtsorganisationen weiterhin lebenswichtige Dienstleistungen für Flüchtlinge und Asylsuchende zur Verfügung stellen können.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

MIGRATIONS- UND ASYLMINISTER DER HELLENISCHEN REPUBLIK

Notis Mitarachi
Thivon 198Ag. Ioannis Rentis
182 33, Athen
GRIECHENLAND

(Anrede: Dear Minister /

Sehr geehrter Herr Minister)

E-Mail: minister@migration.gov.gr

Twitter: [@nmitarakis](https://twitter.com/nmitarakis)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER HELLENISCHEN REPUBLIK

S. E. Herrn Theodoros Daskarolis
Kurfürstendamm 185, 10707 Berlin

Fax: 030-2062 6444

**E-Mail: info@griechische-botschaft.de oder
gremb.berlin@mfa.gr**

GENERALSEKRETÄR FÜR SOZIALE SOLIDARITÄT UND GEGEN DIE ARMUT

George Stamatis

Ministry of Labour of the Hellenic Republic

E-Mail: ggp@yeka.gr

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Griechisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. November 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to ensure the decision to close PIKPA camp is revoked, to protect its residents and create the conditions for NGOs and humanitarian actors to continue providing essential services to asylum-seekers and refugees.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Griechenland ist eines der Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa. Die EU hat in Griechenland ihr „Hotspot-Konzept“ erprobt und große Aufnahme- und Identifikationszentren (Reception and Identification Centres, RIC) auf den fünf ägäischen Inseln eingerichtet. Seit der „Flüchtlingskrise“ 2015 und nach dem EU-Türkei-Abkommen von 2016, welches dazu führte, dass Menschen, die auf den griechischen Inseln ankamen, dort festgehalten wurden, sind diese Zentren - insbesondere das Lager Moria in Lesbos - dauerhaft überbelegt und bieten äußerst schlechte Lebensbedingungen. Als Resultat dieser EU-Politik leben heute über 22.000 Menschen unter miserablen Bedingungen in den RICs, die eigentlich nur für rund 6.000 Menschen ausgelegt sind.

Ab dem 8. September 2020 zerstörten mehrere Brände das Lager Moria, wodurch die beinahe 13.000 Bewohner_innen obdachlos wurden. Seit Mitte September werden die Bewohner_innen in ein eilig eingerichtetes, provisorisches RIC in der Gegend von Kara Tepe gebracht. Unbegleitete Minderjährige, die zuvor in Moria gelebt hatten, wurden auf das griechische Festland verlegt. Die Lebensbedingungen im neuen provisorischen Lager sind unterdurchschnittlich und es gibt keine angemessenen Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Menschen.

Der griechische Migrations- und Asylminister ist die zentrale Autorität für alle Aspekte der Migrations- und Asylpolitik, darunter auch die Aufnahme- und Identifikationszentren sowie die Beziehungen mit NGOs und Dritten, die in diesen Feldern agieren. Seit Ende 2019 wirbt der Minister für die Zentralisierung des Aufnahmesystems in Griechenland, unter anderem durch die Einführung von geschlossenen und überwachten Zentren und durch die schrittweise Schließung von alternativen Unterakunftsstrukturen, wie z.B. die Unterbringung in Hotels auf dem griechischen Festland. Das provisorische RIC in Lesbos kann als erstes Beispiel der Umsetzung dieses Modells gesehen werden. Es werden bereits weitere Zentren auf anderen ägäischen Inseln eingerichtet, die die offenen Flüchtlingsunterkünfte langfristig ersetzen sollen.

